DA1 Menschenrechte in den Mittelpunkt stellen

Antragsteller*in: Ali Saker (KV Münster)
Tagesordnungspunkt: 4. Dringlichkeitsanträge (wenn die KMV den TOP beschließt)

Antragstext

Die Kreismitgliederversammlung von Bündnis 90/Die Grünen/GAL Münster möge beschließen:

Der Kreisverband der GRÜNEN in Münster solidarisiert sich mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Migration & Flucht und teilt inhaltlich die Kritikpunkte an der derzeitigen Politik der Bundesregierung:

Wir kritisieren die geplante Gesetzesänderung der Ampelregierung zur Begrenzung "irregulärer Migration" in Deutschland scharf und lehnen nachdrücklich die historisch beispiellose Verschärfung des geltenden Asylrechts in der EU ab, die derzeit unter dem Begriff GEAS auf EU-Ebene diskutiert wird. Insbesondere die Einführung der sogenannten Krisenverordnung, die es ermöglicht ein bereits restriktives Asylrecht noch weiter einzuschränken, halten wir für falsch und mit den humanitären Werten unserer Partei für unvereinbar.

Wir bekräftigen unseren Positionierungsbeschluss vom 14.06.2023 "Für eine menschenrechtsbasierte europäische Flüchtlingspolitik" und erwarten von unseren Politiker*innen auf Bundes- und Europaebene Engagement und Kampf für eine humane und konstruktive Asyl- und Fluchtpolitik. Menschenrechte müssen immer der Maßstab von Politik in Deutschland und der Europäischen Union sein.

Gleichzeitig müssen sich alle GRÜNEN dafür einsetzen, dass wir zu einer faktenbasierten, nicht-populistischen, sach-orientierten Debatte über Flucht und Asyl zurückfinden, in der Probleme benannt werden können ohne Ängste zu schüren und ohne dass dabei generelle gesellschaftliche Probleme Geflüchteten angelastet werden.

Die Inhaftierung von Asylsuchenden ohne Straftat für 28 Tage oder sogar während laufender Asylverfahren ist absolut inhuman, vollkommen inakzeptabel und verstößt gegen die Grundrechte der Geflüchteten.

Anstatt Ressourcen in hochkomplexe, langwierige und (für Asylsuchende und für Beamt*innen) psychisch belastende Abschiebeverfahren zu investieren, sollten die Ressourcen in die bestmögliche Integration von Asylsuchenden, auch in den Arbeitsmarkt, fließen.

Wir betrachten es als historischen Fehler, einer so drastischen Verschärfung des Asylrechts zuzustimmen, die Gewalt gegen Schutzsuchende an den Außengrenzen legitimiert. Die GEAS-Reform wird die Kommunen nicht entlasten und weder kurz- noch mittelfristig zu einer Verbesserung der angespannten Lage in den Kommunen führen. Bei der Forderung der Kommunen nach besserer Unterstützung bei der Integration Asylsuchender auf die GEAS-Reform zu verweisen, ist also reine Augenwischerei. Weder der Asylkompromiss von 1992 noch die bestehende Gewalt an den Außengrenzen haben Menschen davon abgehalten, vor Krieg und Gewalt zu fliehen. Dies wurde wissenschaftlich wiederholt nachgewiesen. Wer also wirklich etwas im Bereich Migrationspolitik erreichen will, muss die Kommunen auch finanziell unterstützen und gleichzeitig einen Austausch auf Augenhöhe mit den demokratischen Stakeholder in den Herkunftsländern suchen, um Menschen Perspektiven vor Ort zu eröffnen. Wenn Menschen Gründe sehen, ihre Herkunftsländer zu verlassen, werden sie sich auch weiterhin auf den Weg in die EU machen. Eine brutale Abschottungspolitik an den EU-Außengrenzen wird an dieser Tatsache nichts ändern, sondern nur die Glaubwürdigkeit der EU in Bezug auf Menschenrechte weiter schwächen.

Wir bleiben deshalb unseren humanitären Grundsätzen treu und werden nicht von ihnen abweichen.

Münster ist und bleibt weltoffen und ein "sicherer Hafen". Kein Mensch ist illegal!

Der Beschluss geht zur Kenntnisnahme an den Bundesvorstand von B'90 / Die Grünen sowie die Fraktionen in Bundestag und Europaparlament

Antragsteller*innen: Anne Kathrin Herbermann, Ali Saker, Simon Haack, Svenja Bloom

Unterstützer*innen

Anne Kathrin Herbermann (KV Münster); Simon Haack (KV Münster); Svenja Bloom (KV Münster)